

PROTOKOLL

über die 2. Sitzung des Orsrates Melle-Mitte am Mittwoch, dem 19.01.2022,
Forum Melle am Kurpark, Mühlenstraße 39a, 49324 Melle

Sitzungsnummer: ORMM/002/2022
Öffentliche Sitzung: 19:00 Uhr bis 23:23 Uhr

Anwesend:

Ortsbürgermeister

Uwe Plaß

stellv. Ortsbürgermeisterin

Silke Meier

stellv. Ortsbürgermeister

Tobias Schröder

Ortsratsmitglied CDU-Fraktion

Heiko Christian Grube

Jan-Hendrik Hüpel

Anita Neu

Malte Stakowski

Ortsratsmitglied SPD-Fraktion

Lorenz Brieber

Hauke Dammann

Katharina Delchmann

Jörg Mäscher

Annegret Mielke

Ortsratsmitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Dr. Marc Halbrügge

Alexa Pelzer

FDP/UWG Ortsratsfraktion Melle-Mitte

Edith Kaase

Kay Wittefeld

Ortsratsmitglied AfD

Thomas Arndt

Gäste

Gast/Gäste

Herr Richling, IPW zu TOP 8 + 9

von der Verwaltung

Stadtbaurat Frithjof Look

Sandra Wiesemann

André Jäschke

Herbert Seelhöfer (Protokollführer)

Zuhörer

Presse

Herr Buß

Zuhörer

16

Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Pflichtenbelehrung und Verpflichtung eines Ortsratsmitgliedes
- TOP 3 Einwohnerfragestunde
- TOP 4 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 5 Genehmigung des Protokolls vom 15.11.2021
- TOP 6 Berichte
- TOP 6.1 Ortsbürgermeister
- TOP 6.2 Verwaltung
- TOP 6.3 Arbeitskreise
- TOP 7 Förderprogramm "Perspektive Innenstadt" - Europäische Förderung für die niedersächsischen Regionen
Vorlage: 01/2021/0366
- TOP 8 14. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Melle im Bereich "Gewerbepark grüne Kirchbreite", Melle-Mitte; hier: Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB
Vorlage: 01/2021/0246
- TOP 9 Bebauungsplan "Gewerbepark grüne Kirchbreite", Melle-Mitte; hier: Beschluss über die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB
Vorlage: 01/2021/0245
- TOP 10 Bebauungsplan "Kosakenallee - 3. vereinfachte Änderung", Melle-Mitte; hier: Beschluss über die Abwägung und Satzungsbeschluss
Vorlage: 01/2021/0371
- TOP 11 Bebauungsplan "Keekbreite - 2. Änderung", Melle-Mitte; hier: Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB
Vorlage: 01/2021/0374
- TOP 12 Bebauungsplan "In der langen Marsch III"; hier: Beginn der Planung
Vorlage: 01/2021/0378
- TOP 13 Benennung von Mitgliedern für den Unterhaltungsverband Nr. 29 "Else"
- Vorlage wird bei Bedarf nachgereicht -
Vorlage: 01/2022/0006
- TOP 14 Wünsche und Anregungen

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Ortsbürgermeister Plaß begrüßt alle Anwesenden, stellt fest, dass alle Mitglieder anwesend sind und Beschlussfähigkeit gegeben ist.

TOP 2 Pflichtenbelehrung und Verpflichtung eines Ortsratsmitgliedes

Da Frau Anita Neu an der konstituierenden Sitzung nicht teilnehmen konnte, wird sie von Ortsbürgermeister Plaß verpflichtet.

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Ortsbürgermeister Plaß weist darauf hin, dass Bürger bis zu drei Fragen stellen können und bittet um Wortmeldungen.

Herr Dieter Neumann, Segelfliegerweg 7, erkundigt sich zum TOP 12 „Bebauungsplan In der langen Marsch III“, wer Auftraggeber für die Stellungnahme des Büros cappel+kranzhoff aus Hamburg (Anlage 4) sei. Aus den Anlagen 1 und 3 zur Beschlussvorlage gingen detaillierte Planungen der WBG mit Beschreibungen der Zugriffe auf die Grundstücke hervor, was aber nicht bei der Anlage 4 der Fall sei. Herr Look antwortet, dass die Stadt Melle das Büro cappel+kranzhoff beauftragt habe. Es gehe um die strategische Ausrichtung von Baugebieten. Bei der städtebaulichen Konzeptionierung seien die WBG und die Stadt Melle eng beieinander. Die jetzt dem Ortsrat vorliegenden Planungen seien von der WBG so vorgelegt worden. Dieses Planbild der WBG sei heute Diskussionsgrundlage. Es gehe darum, die planerischen Rahmenbedingungen abzuklopfen. Ortsrat, Planungs- und Verwaltungsausschuss haben die Planungen festzulegen, was die Politik dort wünscht. Um Detailfragen, wie z.B. zu einzelnen Bäumen, gehe es heute noch nicht. Herr Neumann ergänzt, dass mit Beschlüssen Fakten geschaffen würden und die Vorlage heute nicht beschlossen werden dürfe, sonst würden sich die Anwohner von der Stadt Melle nicht ernst genommen fühlen. Ortsbürgermeister Plaß verweist unter Bezugnahme auf den Beschlussvorschlag, dass es sich um ein frühes Stadium der Planungen handle und diese später von den Anwohnern kritisch begleitet werden könnten. Er schlägt vor, dass der Fragenkatalog der Anwohner zur Beantwortung an die Verwaltung gegeben werde.

Frau Caroline Knauf, Segelfliegerweg 7, verweist auf den Gewässerschutz aus dem Jahr 2016, der weitergeführt werden müsse. Dazu antwortet Herr Look, dass die Stadt Melle sich dem Problem der Oberflächenentwässerung annehme. Es seien ein Retentionsbecken und östlich Grünflächen zur Landschaft geplant. Die Ausgestaltung erfolge später, Anregungen durch Ortsrat und Bürger würden zur Planung aufgenommen. Die vom Rat der Stadt Melle 2021 beschlossenen Leitlinien der Bauleitplanung fänden Berücksichtigung.

Frau Katja Rasmus fragt, ob es für Melle eine Beschlussfassung gebe, wie viele Hektar noch versiegelt werden dürften. Sie begrüßt das Förderprogramm Perspektive Innenstadt und fragt, ob weitere Anträge gestellt werden könnten. Hierzu habe sie die Idee eines Repair-Cafes. Zu den Festsetzungen im B-Plan zum Gewerbegebiet vermisse sie, abgesehen von Photovoltaikanlagen, weitere Festsetzungen zum Bereich Energie, klimaneutrale Wärme, Vermeidung fossiler Brennstoffe und ökologische Baustoffe. Sie begrüße die Planung einer Tiny-House-Siedlung in Eicken-Bruche.

Herr Look antwortet, dass ihm eine Flächenbegrenzung nicht bekannt sei. Es sei eine maßvolle Innen- und Außenentwicklung zu gewährleisten. Zwischen der Flächenversiegelung und der Schaffung von Wohnraum sei abzuwägen. Nach Informationen aus der Wirtschaftsförderung stehen 1,92 Mio € zur Verfügung. Wenn es weitere Ideen gebe, würden diese an die Wirtschaftsförderung, Herrn Weßling, weitergegeben. Es sei zu beachten, dass bei diesem europäischen Förderrecht bis Mitte 2023 abzurechnen sei. Zur Grünen Kirchbreite gebe es bisher einen Grundsatzbeschluss aus dem Jahr 2021. Die Festsetzung von Baustoffen sei nach § 9 BauGB nicht im B-Plan zu regeln. Hier sei zwischen Ökologie und Anforderungen der Wirtschaft abzuwägen. Zusätzlich zum B-Plan seien zum Teil auch vertragliche Regelungen möglich.

Frau Lepper von der Initiative „Grün statt Grau“ begrüßt, dass die gestellten Fragen von der Verwaltung zeitnah schriftlich beantwortet worden seien. Bei dem Regenrückhaltebecken Grüne Kirchbreite sei allerdings die Autobahntwässerung nicht berücksichtigt worden, sie vermisse eine entsprechende Berechnung für das RRB. Die Tiefe des Absetzbeckens könne so nicht realisiert werden. Sie fragt sich, ob das RRB noch in den Bereich des Flächennutzungsplanes passe, wenn die Größe nicht abschließend berechnet und das Absetzbecken noch angepasst werden müsse. Ferner fragt sie, ob für das RRB die wasserbehördliche Erlaubnis vorliege. Herr Look begrüßt, dass hier Verwaltung und Anlieger ins Gespräch kommen, das sei nicht selbstverständlich. Zu den aufgeworfenen Fragen verweist er auf die ausstehenden Ausführungen von Herrn Richling zu den TOP 8 und 9. Über Detailfragen werde später entschieden, die Pläne würden vorher mit den Trägern öffentlicher Belange und damit auch der unteren Wasserbehörde abgestimmt.

Ortsbürgermeister Pläß bedankt sich und hält es für gut, sich Zeit für die Fragen der Bürger zu nehmen.

TOP 4 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

TOP 5 Genehmigung des Protokolls vom 15.11.2021

Frau Kaase ist mit dem Protokoll einverstanden. Sie weist darauf hin, dass in der letzten Sitzung vereinbart worden sei, dass Einladungen zu den Arbeitskreisen nicht nur an die Arbeitskreismitglieder, sondern an alle Ortsratsmitglieder versandt werden sollen.

Ortsbürgermeister Pläß bestätigt, dass die Arbeitskreise offen sein sollen. Er bittet, künftig alle Fraktionen über Einladungen zu den Arbeitskreisen zu informieren.

Herr Arndt weist darauf hin, dass er in der letzten Sitzung keine Aussage zu Bepflanzungen an der Eickener Str. getroffen habe, allerdings werde die Straße, wie bereits erwähnt, weiterhin als Rennstrecke genutzt.

Das Protokoll wird von den Mitgliedern einstimmig angenommen.

TOP 6 Berichte

TOP 6.1 Ortsbürgermeister

Ortsbürgermeister Pläß berichtet, dass am 19.11. die Bürgerbeteiligung zum Grönenbergpark im Friedensgarten mit einem regen Austausch an den drei Pavillons stattgefunden habe. Es sei wichtig, den Park gut und nachhaltig neu zu gestalten.

Der Arbeitskreis Kultur und Festivitäten musste die traditionelle Nikolausveranstaltung an der Rathauptreppe leider absagen. Als Alternative seien die Tüten von dem Nikolaus in die Kitas verteilt worden. Heiner Fricke von der Stadt Melle habe diese Rolle ganz hervorragend ausgefüllt und den Kindern einen schönen Nikolausbesuch beschert.

Am 14.12. habe sich der Runde Tisch zum Friedhof getroffen. Verbesserungen an den Wegen und der Kapelle seien erfolgt. Perspektivisch sei über neue Bestattungsformen (Baumbestattungen etc.) und einer parkähnlichen Gestaltung freier Flächen zu befinden.

In der Runde mit den Ortsbürgermeistern habe die Bürgermeisterin heute mitgeteilt, dass zum 50. Jahrestag der Gebietsreform in diesem Jahr eine Veranstaltung geplant sei, die an ein bestehendes Stadtfest angedockt werden solle.

Auf Nachfrage von Frau Meier zum Grönenbergpark teilt Herr Look mit, dass sich der aktuelle Stand aus dem Protokoll des Umweltausschusses ergebe. Am Montag finden Gespräche mit dem Büro Kollmeier statt, damit im Frühjahr weitere Beteiligungsschritte vollzogen werden können, um eine zeitnahe Umsetzung zu gewährleisten.

TOP 6.2 Verwaltung

Frau Wiesemann teilt mit, dass auf Wunsch des Ortsrates eine Übersicht mit Planungsständen der derzeitigen Planverfahren erstellt wurde, die dem Protokoll als Anlage beigefügt werde. Zum Hinweis aus der letzten Sitzung könne sie nun mitteilen, dass für den Bereich Oldendorfer Str. / Westumgehung die Unfallkommission sich für eine Lichtsignalanlage ausgesprochen habe, mit deren Umsetzung 2023 oder 2024 zu rechnen sei. Zur Querungshilfe im Bereich Oldendorfer Str. / Bakumer Str. habe ein Ortstermin mit den Straßenbaulastträgern stattgefunden, um hier eine gute Lösung zu finden. An der Eickener Str. würden erneut offene Geschwindigkeitsmessungen mit Display durchgeführt, um die motorisierten Verkehrsteilnehmer für die gefahrene Geschwindigkeit zu sensibilisieren. Das Wartehäuschen für die Bushaltestelle Poggenburg sei bestellt.

Frau Mielke begrüßt die Errichtung der Ampelanlage, wünscht sich aber eine frühere Umsetzung, weil es dort schon Unfälle gegeben habe. Zur Querungshilfe an der Bakumer Str. wünsche sie konkretere Angaben, insbes. zu einer möglichen Ampel, damit der Ortsrat mitreden könne. Ferner fragt sie nach dem Zeitplan der Umsetzung der „Hapkekreuzung“. Frau Wiesemann antwortet, dass eine Ampel eine Möglichkeit der Fußgängerquerung darstelle, die Entscheidung aber nicht bei der Stadt Melle, sondern beim Straßenbaulastträger liege. Weitere Informationen dazu werden dem Ortsrat mitgeteilt. Zur „Hapkekreuzung“ antwortet Herr Look, dass die von Herrn Richter vorgestellten Planungen weiter zu konkretisieren seien. Weil Personal fehle und Herr Richter auch in die Planungen Grönenberggelände und der sieben B-Planverfahren eingebunden sei, bittet er um Verständnis, wenn diese Maßnahme weitere Zeit in Anspruch nehme.

Auf die Bitte von Herrn Halbrügge, eine Übersicht über das Ortsratsbudget zu erhalten, teilt Frau Wiesemann mit, dass bis Ende Januar noch Buchungen zum Budget 2021 erfolgen. Zum Budget des Ortsrates werde in einer nächsten Sitzung weiter informiert. Frau Delchmann wünscht weitere Informationen zu den Zuschüssen, die der Ortsrat für Pflegemaßnahmen gewähre.

Herr Arndt merkt an, dass selbst Busse auf der Eickener Str. zu schnell fahren würden und sieht die Wirksamkeit von Geschwindigkeitsmessungen mit Display kritisch.

TOP 6.3 Arbeitskreise

Aus dem Arbeitskreis Soziales, Integration und Ehrenamt berichtet Herr Grube von der Besichtigung der Wohncontainer für die Unterbringung von Wohnungslosen. Der Arbeitskreis werde die Arbeit der Diakonie dort begleiten. Der neue Arbeitskreis sei für soziale Fragen in der Stadt notwendig und beteilige sich bei weiteren Planungen.

Frau Delchmann berichtet aus dem Arbeitskreis Jugend und Sport, der sich mit dem bisherigen Sprecher, Matthias Pietsch, ausgetauscht habe. Es seien Ideen entstanden, wie die Erstellung eines digitalen Katasters der Spielplätze. Die Elternschaft solle bei den Spielplätzen beteiligt werden. Der Arbeitskreis werde sich bei den Planungen Spielplatz im Grönenbergpark einbinden. Es werde gewünscht, Jugendorganisationen bei der Verteilung von Zuwendungen des Ortsrates zu berücksichtigen.

Ortsbürgermeister Pläß begrüßt die Arbeit des neu eingerichteten Arbeitskreises für Soziales und sieht den Arbeitskreis Jugend und Sport weiterhin als Aktivposten, wo die Übergabe gelungen sei.

TOP 7 Förderprogramm "Perspektive Innenstadt" - Europäische Förderung für die niedersächsischen Regionen Vorlage: 01/2021/0366

Herr Look stellt das Förderprogramm „Perspektive Innenstadt“ vor. Auf die Frage von Herrn Schröder, wieviel der reservierten Gelder bereits verplant seien, antwortet Herr Look, dass alle verfügbaren Mittel verplant seien. Nach Durchführung der Ausschreibungen seien Verschiebungen innerhalb der Projekte denkbar. Der Marktplatz sei aus der Förderung herausgenommen worden, weil dieser in der vorgegebenen Zeitschiene nicht umsetzbar sei.

Frau Mielke begrüßt, dass die Förderung von 1 Mio € für zeitnahe Projekte umgesetzt werden sollen. Sie wünscht sich, in sichtbare Sachen zu investieren, wie z.B. der Umwandlung von Flächen in der Stadt sowie die Rathaustreppenkonzerte.

Frau Meier sieht den zeitlichen Druck, der durch die Förderrichtlinien entstehe und hält ein ambitioniertes Vorgehen für geboten. Gute Maßnahmen seien z.B. die Gestaltung von Baumscheiben und ein Repair-Cafe.

Herr Brieber bedankt sich für die gute Vorlage und deren Vorstellung. Zum Stadtmobiliar verweist er auf den Vorschlag des Jugendparlaments, Pfandringe für die Mülleimer vorzusehen. Er regt die Aufstellung eines Bücherschranks an.

Herr Dammann verweist auf die Bereiche Natur und Klima am Ende der Aufzählung und misst diesen Bereichen eine höhere Priorität zu.

Herr Look antwortet, dass bereits fünf Pfandringe für Mülleimer beschafft worden seien, die aber auch gepflegt werden müssten. Noch wichtiger sei, sich um einen Bücherschrank intensiv zu kümmern. Zur Belebung der Innenstadt sei auch das Einzelhandelskonzept zu berücksichtigen, mit der Frage, welche Sortimente außerhalb der Innenstadt zuzulassen seien. Mit dem ambitionierten Förderprogramm stehe die Stadt vor Herausforderungen, wobei auf die Beteiligung von Ortsrat und Bürgern Wert gelegt werde.

Der Sachverhalt zum Förderprogramm wird den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben.

**TOP 8 14. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Melle im Bereich "Gewerbepark grüne Kirchbreite", Melle-Mitte; hier: Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB
Vorlage: 01/2021/0246**

Ortsbürgermeister Plaß bittet Herrn Look, die Beschlussvorlagen zu den TOP 8 und 9 vorzustellen.

Herr Look bedankt sich bei der Bürgerinitiative „Grün statt Grau“, die durch ihre Arbeit weitere ökologische Belange in die Planungen hat einfließen lassen. Zur Entwässerung gebe es bereits jetzt verschiedene Festsetzungen wie Versickerung, wasser- und luftdurchlässige Stellplätze, Gründächer und Gehölzanpflanzungen, die wesentlich zum Rückhalt des Niederschlagswassers beitragen. Heute gehe es bei dem Beschluss um die förmliche Beteiligung, es können noch nicht alle Details fertig sein. Im Vergleich zu den ursprünglichen Planungen entstehe hier ein gutes und grünes Gewerbegebiet, welches sich in das städtebauliche Bild einfüge. Er bittet, dies zu berücksichtigen.

Herr Richling von der Firma IPW stellt die Beschlussvorlagen detailliert vor.

Ortsbürgermeister Plaß bedankt sich bei Herrn Richling, und hebt die Bedeutung dieser Informationen für den Ortsrat hervor.

Herr Jäschke weist darauf hin, dass Anregungen zu den Plänen auch nach einer heutigen Beschlussfassung noch eingegeben werden können. Im Vergleich zu anderen Planungen, die er bisher beruflich kennengelernt habe, handele es sich bei diesem Gewerbegebiet um sehr ökologische und hochwertige Planungen.

Frau Mielke stellt fest, dass Planungsreife vorliege und die SPD zustimmen werde. Das Gebiet stelle derzeit landwirtschaftliche Fläche dar, $\frac{1}{4}$ der Ausgleichsmaßnahmen erfolgen im Gewerbegebiet, die restlichen Werteinheiten vom 90.000 würden in der Nähe, in Drantum (46.000 WE) und in Ostenwalde (44.000 WE) realisiert. Es handele sich um ein grünes Gewerbegebiet, Nachbesserungen in Bezug auf Grün seien nicht erforderlich. Auf Initiative von „Grün statt Grau“, die dem Ortsrat auch Arbeit abgenommen habe, seien Festsetzungen entstanden wie Verringerung der max. Gebäudehöhe auf 12 m, 1 Baum pro 6 Stellplätze und eine Wallhecke. Die Betriebe seien hierbei noch nicht angehört worden. Der Krackpunkt, das RRB außerhalb des Gebietes umzusetzen, bedeute 1 ha mehr Gewerbefläche. Die zeitliche Verzögerung, die mit der Verlegung des RRB entstehe, sei nicht hinnehmbar. Ende 2022 solle mit der Erschießung begonnen werden können.

Herr Wittefeld begrüßt das Gewerbegebiet zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen. Die Fraktion FDP/UWG könne die Lage des RRB in dem 18 ha großen Überschwemmungsgebiet nicht akzeptieren. Er begrüßt, dass Kontakt mit der Autobahn GmbH aufgenommen worden sei, um das Abwasser der A 30 nicht weiter ungedrosselt einzuleiten. Hier gehe es allerdings um den Schutz der Meller Bevölkerung. Das letzte Hochwasser habe bis zum Kreisel gestanden und da sei es nicht richtig, das RRB in dem Überschwemmungsgebiet zu planen. Schadwasser der A 30 könne dabei zu großen ökologischen Schäden führen.

Herr Grube spricht sich im Namen der Fraktion für das Gewerbegebiet aus, das eine besondere Strahlkraft habe. Der Hochwasserschutz weise Risikofaktoren auf und sei noch nicht ausgereift. Hier müsse noch nachgearbeitet werden.

Herr Hüpel ergänzt, dass das Gewerbegebiet für den Standort Melle und für Meller Betriebe wichtig sei. Die Vergabe der Grundstücke solle auch an heimische Betriebe erfolgen. Zum RRB habe die Bürgerinitiative gute Arbeit geleistet, er vermisse die Gegendarstellung der Verwaltung. Festsetzungen zur Solarenergie und Fassadenbegrünungen seien wünschenswert, grundsätzlich stimme er der Entwicklung des Gebietes zu.

Frau Meier signalisiert Zustimmung von der Fraktion. Allerdings müsse generell hinterfragt werden, wieviel Flächen wir noch versiegeln können. Sie vertraue den Entwürfen der Planer und heute müsse der Beschluss zur Beteiligung öffentlicher Belange gefasst werden, um hier weiter zu kommen. Entwässerung und Hochwasser müssen für die gesamte Stadt beachtet werden, das Abwasser der A 30 sei Aufgabe des Bundes.

Frau Kaase sieht im Hochwasserfall große Probleme und mögliche Schäden für die Anwohner. Wenn das RRB im Überschwemmungsgebiet angelegt werde, besteht keine Abflussmöglichkeit mehr im Hochwasserfall. Sie spricht sich dafür aus, das RRB im Gewerbegebiet zu realisieren.

Herr Dammann vertraut dem Fachwissen der Ingenieure. Bei extremem Hochwasser würde ein RRB an anderer Stelle mögliche Schäden auch nicht verhindern.

Herr Look stellt fest, dass die Planungen mehrheitlich stimmig seien, ausschließlich zum RRB gebe es noch Differenzen. Er gibt zu bedenken, dass eine Entwässerung der A 30 auch nur diesen Autobahnabschnitt betreffe und auch wirtschaftliche Interessen bei der Planung zu berücksichtigen seien. Zum RRB liegen umfangreiche Unterlagen vor.

Nach Abschluss der Diskussion bittet Ortsbürgermeister Plaß zunächst um Abstimmung zu dem Beschlussvorschlag Flächennutzungsplan. Der Ortsrat empfiehlt bei 11 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen folgenden

Beschlussvorschlag:

Die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB wird beschlossen.

**TOP 9 Bebauungsplan "Gewerbepark grüne Kirchbreite", Melle-Mitte; hier: Beschluss über die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB
Vorlage: 01/2021/0245**

Anschließend bittet Ortsbürgermeister Plaß um Abstimmung zum Beschlussvorschlag Bebauungsplan. Der Ortsrat empfiehlt bei 11 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen folgenden

Beschlussvorschlag:

Die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB wird beschlossen.

**TOP 10 Bebauungsplan "Kosakenallee - 3. vereinfachte Änderung", Melle-Mitte; hier: Beschluss über die Abwägung und Satzungsbeschluss
Vorlage: 01/2021/0371**

Herr Jäschke stellt die Planungen vor.

Herr Stakowski hält die Wohnbebauung an der Stelle mit der vorgesehenen Durchgrünung für sinnvoll und sagt die Unterstützung der Fraktion zum Satzungsbeschluss zu. Schwierig stelle sich die Verkehrssituation durch eine zusätzliche Verkehrslast und den kreuzenden Radweg dar. Das verkehrliche Risiko müsse entschärft werden. In Bezug auf die Höhe von Gebäuden in Melle-Mitte erinnert er an den Wunsch, ein Konzept zu Gebäudehöhen zu entwickeln.

Auch Frau Mielke stimmt seitens der Fraktion dem Beschlussvorschlag zu. Zur Begrenzung der Bauhöhen sei für Melle-Mitte der „Zug abgefahren“. Die Vorhaben Neue-Mitte-Nord, Oldendorfer Str. und das hier vorliegende Verfahren lassen eine viergeschossige Bauweise zu. Dies verändere unser Stadtbild. Der Baukörper stelle einen kantenbildenden Riegel mit Ausdehnung der Baugrenzen dar. Dies müsse eine Ausnahme bleiben. Ein Quartiersplatz sei wegen der fehlenden Aufenthaltsqualität tatsächlich nicht vorhanden. Die bereits jetzt bedenkliche Verkehrssituation werde mit 70 neuen Wohneinheiten weiter verschärft. Sie fragt, wo die weiteren 35 Stellplätze umgesetzt werden, ob hier eine Tiefgarage geplant sei. Dies müsse bei Erteilung der Baugenehmigung sichergestellt sein.

Herr Halbrügge begrüßt die Schaffung von neuem Wohnraum. Beim Verkehr bilde sich morgens auf der Allendorfer Str. eine lange Schlange, Radfahrer müssten auf den Gehweg wechseln und die Kosakenallee werde viel von Rollatoren genutzt. All dies müsse berücksichtigt und geschützt werden. Er fragt, wo die Nutzer des Gewerbes parken sollen. Werden die Gesmolder und Allendorfer Str. in der jetzigen Form benötigt oder reichen hier Einbahnstraßen, um Platz für Begrünung und mehr Qualität zu haben? Hier sehe er noch Verbesserungspotenzial.

Frau Delchmann vermisse bei den Planungen den sozialen Aspekt. Die Personengruppen mit geringem Einkommen wie Rentner und Empfänger von SGB II-Leistungen seien nicht berücksichtigt.

Herr Jäschke antwortet, dass die notwendigen Stellplätze im Baugenehmigungsverfahren nachzuweisen seien. Herr Look freut sich über die breite Zustimmung im Ortsrat und appelliert, sich Gedanken zu machen, wie wir zusammenleben wollen.

Ortsbürgermeister Pläß bittet um Abstimmung über den Beschlussvorschlag. Der Ortsrat empfiehlt einstimmig folgenden

Beschlussvorschlag:

Die Abwägung gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB wird wie in den Anlagen dargestellt beschlossen.

Der Bebauungsplan „Kosakenallee – 3. vereinfachte Änderung“ wird als Satzung beschlossen.

**TOP 11 Bebauungsplan "Keekbreite - 2.Änderung", Melle-Mitte;
hier: Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und
Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2
BauGB
Vorlage: 01/2021/0374**

Herr Jäschke stellt die Planungen vor. Alle nachfolgenden Redner begrüßen die Entwicklung und den Fortbestand der Berufsakademie Melle und sprechen sich für die Planungen aus.

Auf Nachfrage von Herrn Grube, warum hier von einem 5-jährigen und nicht einem 10-jährigen Hochwasserereignis ausgegangen werde, antwortet Herr Look, dass es sich bei fünf Jahren um ein gesetzl. Minimum handele und hier durch Entsiegelungen eine Aufwertung des Gebietes erfolge.

Frau Mielke wünscht, dass die textlichen Festsetzungen Nr. 4 zur Empfehlung von Photovoltaik- und Solarthermieanlagen in eine verbindliche und gesicherte Vorgabe geändert werden.

Frau Meier stimmt den Planungen zu, zumal hier das Grundstück bereits komplett versiegelt sei. Den Investoren sollten weitere ökologische Maßnahmen vorgeschlagen werden. Bei der Errichtung von Zaunanlagen sollte in einem eventuellen fraktionsübergreifenden Antrag an den Planungsausschuss ein Abstand zum Boden von 10 cm gefordert werden, um Igelbewegungen zu ermöglichen.

Auf Nachfragen von Herrn Stakowski antwortet Herr Jäschke, dass der Strotbach komplett offen gehalten, die Anzahl der Stellplätze im Baugenehmigungsverfahren überprüft werde und der Wunsch nach einer verpflichtenden Fassadenbegrünung jetzt über einen Antrag in den Planungsausschuss eingebracht werden könne.

Ortsbürgermeister Plaß lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen. Der Ortsrat empfiehlt einstimmig folgenden

Beschlussvorschlag:

Die Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und der Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB wird durchgeführt.

**TOP 12 Bebauungsplan "In der langen Marsch III"; hier: Beginn der Planung
Vorlage: 01/2021/0378**

Herr Look teilt mit, dass die WBG ein stimmiges Strukturkonzept vorgelegt habe, heute sei vom Ortsrat zu entscheiden, ob Planungen an dieser Stelle vorstellbar seien. Anschließend stellt Herr Jäschke die Planungen vor.

Herr Wittfeld begrüßt die Möglichkeit weiterer Bebauungen in Eicken-Bruche. Damit würden auch Flächen für den Hochwasserschutz (RRB) zur Verfügung stehen. Das Hochwasserschutzkonzept sei vorrangig zu berücksichtigen. Er wünscht, die Sporthalle mit Lärm durch Handballspiele und dergleichen zu berücksichtigen und hinter der Sporthalle sollte ein Dorfgemeinschaftsplatz verbleiben, der in Eicken-Bruche benötigt werde.

Herr Hüpel begrüßt seitens der CDU-Fraktion die Planungen und spricht sich dafür aus, erst das Hochwasserkonzept fertigzustellen und Neuerschließungen dabei zu berücksichtigen. Die Bevölkerung und die Landwirte seien mitzunehmen. Weitere Bebauung würde den Schulstandort verändern und auch bei den Sporteinrichtungen seien Ergänzungen notwendig.

Frau Meier spricht sich dafür aus, die Hochwasserfrage mit Hochdruck zu bearbeiten. Bei der verkehrlichen Anbindung sei der hohe Verkehrsdurchfluss durch Eicken-Bruche zu berücksichtigen, eine Nahversorgung für den Ortsteil werde begrüßt. Folgende Wünsche seien zu berücksichtigen: Klimaschutzmaßnahmen, höhere ökologische Standards, Tiny House, Vermeidung von Einfamilienhäusern (Flächenverbrauch), Schule, Kita und Sport für junge Familien, östlichen Bereich für Entwässerung und Ökologie nutzen. Es seien die Anwohner und deren Belange zu berücksichtigen.

Herr Grube schließt sich diesen Ausführungen an und hält es für wichtig, auch Wohnraum für Arbeitnehmerhaushalte mit geringerem Einkommen zu schaffen.

Auch Frau Mielke schließt sich den Ausführungen an und wünscht Häuser ohne fossile Energieträger. Bei der Umsetzung der Maßnahmen Hochwasserschutz Lange Marsch II, neue Entwässerung Lange Marsch III und Infrastruktur / Erweiterung der Schule seien die Zeitfenster von jeweils mindestens zwei Jahren zu berücksichtigen.

Ortsbürgermeister Plaß bittet um Abstimmung über den Beschlussvorschlag. Der Ortsrat empfiehlt einstimmig folgenden

Beschlussvorschlag:

Die Planungen zur Bebauung „In der langen Marsch III“ sollen gemeinsam mit der Wohnungsbau Grönegau GmbH vorangetrieben werden.

**TOP 13 Benennung von Mitgliedern für den Unterhaltungsverband
Nr. 29 "Else"
- Vorlage wird bei Bedarf nachgereicht -
Vorlage: 01/2022/0006**

Ortsbürgermeister Plaß weist darauf hin, dass in der konstituierenden Sitzung bereits die Vertreter für den Verbandsausschuss des UHV Nr. 29 „Else“ benannt worden seien. Erst jetzt sei mit Schreiben vom 14.01.2022 durch den UHV bemängelt worden, dass die zur Wahl vorgeschlagenen Personen nicht der Satzung des UHV entsprechen würden. Von den drei ordentlichen Vertretern, müssten zwei Landwirte sein. Die Stellvertretungen seien von dieser Regelung nicht betroffen. Er schlägt vor, den Beschluss zu ändern und statt Annegret Mielke nunmehr den Landwirt Heinz Hermann Imrecke als ordentliches Mitglied zu benennen.

Frau Kaase schlägt für die Benennung von Landwirten als ordentliche Mitglieder für den Verbandsausschuss Fin Wittefeld und Jan Lütkemeyer vor.

Herr Stakowski spricht sich dafür aus, heute zu später Stunde keine Entscheidung zu treffen. Die Beschlussvorlage sei sehr kurzfristig vorgelegt worden und es stehen zwei Personen zur Auswahl, die vielen Mitgliedern des Gremiums nicht bekannt seien.

Hierzu teilt Frau Wiesemann mit, dass der Verwaltungsausschuss und der Rat zu beteiligen seien. Dies könne in den Sitzungen am 22.03.22 und 30.03.22 erfolgen, dazu wäre der TOP auf die nächste Ortsratssitzung am 24.03.22 zu setzen.

Frau Meier teilt mit, dass ihr trotz der zehnjährigen Tätigkeit in dem Verbandsausschuss diese Details nicht bekannt waren. Es habe sich als schwierig erwiesen, Einsicht in die Satzung zu bekommen. Inzwischen sei es nicht einfach, Landwirte für diese Positionen zu gewinnen. Bei der jetzt bekannt gewordenen Definition des Landwirtes, dürfte sie als Imkerin den Status einer Landwirtin erfüllen.

Herr Grube stellt den Antrag, diesen TOP auf die Sitzung am 24.03.22 zu vertagen.

Ortsbürgermeister Plaß lässt über diesen Antrag abstimmen. Der Ortsrat beschließt einstimmig:

Beschlussvorschlag:

Der TOP wird auf die Sitzung des Ortsrates am 24.03.2022 vertragen.

TOP 14 Wünsche und Anregungen

Herr Grube bittet von der Verwaltung um einen Planungsstand für die neue städtische Unterkunft für Wohnungslose.

Herr Arndt berichtet, dass der Ruf der Stadt Melle, die dieses Jahr ihr 50-jähriges Jubiläum feiert, durch das Verhalten der Polizei gegenüber den Montagsspaziergängern gefährdet sei.

Ortsbürgermeister Plaß entgegnet, dass unter dem TOP Wünsche und Anregungen keine Diskussionen möglich seien. Darüber hinaus sei es nicht Aufgabe des Orsrates, das Verhalten der Polizei zu bewerten.

Frau Meier verweist auf den weiterhin fehlenden Ausbau der Eickener Str. und wünscht sich von allen, sich Gedanken zu einer Lösung zu machen. Sie fragt, ob insbesondere bei den Gewerbegebieten (hier Gerden-Süd) die Festsetzungen in den B-Plänen, wie z.B. Bepflanzungen, umgesetzt und eingehalten würden. Sie bittet die Verwaltung, sich dieses Themas anzunehmen.

Frau Kaase wünscht in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit, die künftigen Sitzungen eine Stunde früher zu terminieren.

Ortsbürgermeister Plaß bedankt sich für die konstruktive Teilnahme und schließt die Sitzung um 23:23 Uhr.

Melle, 22.02.22

Melle, 11.02.22

Melle, 10.02.22

gez. Plaß

gez. Wiesemann

gez. Seelhöfer

Ortsbürgermeister

Amtsleiterin

Protokollführer